



# Werte Kolleginnen und Kollegen,

unser Landesverband hat am 23. November 2018 in Linstow einen neuen Landesvorstand gewählt.

Der Landesdelegiertenkongress setzte für die Arbeit der nächsten fünf Jahre unter anderem folgende Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit:

- > Erhöhung der Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten
- > Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeivollzugszulage
- > Überarbeitung und Anpassung der Erschwerniszulagenverordnung
- > Einführung eines Leihengeldes
- > Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Schichtbeamte
- > Einführung von Distanzelektroimpulsgeräte für die Schutz- und Kriminalpolizei

Um das Leistungspaket für unsere Mitglieder auch weiterhin

garantieren zu können, musste der Kongress eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beschließen. Der Monatsbeitrag wird um einen Euro angehoben. Die doch stattlichen Erhöhungen der Versicherungsprämien

machten diesen Schritt notwendig. Wir hoffen auf Euer Verständnis. Die letzte Entscheidung dieses Kongresses war dann noch eine erfreuliche. Der Kongress stimmte dem Eilantrag des neuen Vor-

standes zu und ernannte Olaf Knöpken zum Ersten Ehrenvorsitzenden in der Geschichte unseres Landesverbandes.

Ronald Müller,  
Landesvorsitzender



© DPoIG M-V (2)

## Deine Ansprechpartner



Ronald Müller  
Landesvorsitzender



Annakatharina Kroege  
Gleichstellungsbeauftragte  
stellv. Landesvorsitzende



Volker Walther  
stellv. Landesvorsitzender



Uwe Kaatz  
Landesgeschäftsführer



Jens Möckel  
Landesschatzmeister



Benjamin Lübke  
Leiter Landesgeschäftsstelle



Oliver Nawotke  
Landesjugendleiter



Torsten Möller  
IT- & Medienbeauftragter



Karsten Meyer  
Rechtsschutzbeauftragter



Ralf Wünsch  
Landeseniorenbeauftragter



Andreas Wolff  
Tarifbeauftragter



Olaf Knöpken  
1. Ehrenvorsitzender



Andreas Steinhöfel  
KV Vorpommern



Torsten Pehlgrimm  
KV Rostock



Björn Ritzmann  
KV Mecklenburgische Seenplatte

**Impressum:**  
Landesgeschäftsstelle  
Hollstraße 13  
18273 Güstrow,  
Tel.: 03843.682301  
Fax: 03843.682303  
www.dpolg-mv.de  
V.i.S.d.P.: Olaf Knöpken



Deinetwegen!



# Impressionen vom Landesdelegiertentag



> Rechnungsprüfer Ingo Latwat bescheinigte dem Schatzmeister eine hervorragende Rechnungslegung.



> Rainer Wendt im Gespräch mit Torsten Schildt zur Zulagenregelung.



> Die Auszahlung verlief nicht ganz reibungslos.



> Bernd Kolz fand sehr kritische Worte und machte Vorschläge für die zukünftige Gewerkschaftsarbeit.



> Oliver Nawotke (links) gratuliert dem neuen Landesvorsitzenden.

## Knecht: Pakt für Sicherheit nimmt Formen an, es gibt aber auch Schattenseiten

Als Teil des Paktes für Sicherheit der Landesregierung gilt es auch, die Erschwerniszulagenverordnung zu ändern. Hierzu hat sich der dbb m-v im Rahmen der Beteiligung umfangreich geäußert. Zur Erläuterung der einzelnen Punkte traf der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 20. November mit Finanzminister Mathias Brodkorb zu einem Gespräch zusammen. Als positiv hob Knecht unter anderem die Erhöhung bisheriger Zulagen hervor, konkret die Erhöhung der Wechselschichtzulage von 51,13 Euro auf 150 Euro und die Erhöhung der Zulage für Beamte in den Spezialeinheiten (SE-Zulage) von 153,93 Euro auf 300 Euro. „Auch die

Schaffung völlig neuer Zulagen beispielsweise bei Spezialkräften und Hundeführern wird in den Revieren sehr positiv aufgenommen. Mit alledem ist ein wichtiger Schritt zur Aufwertung der inneren Sicherheit und für das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger getan. Gleichzeitig wird das Interesse junger Leute geweckt, sich für einen Job bei der Polizei zu entscheiden“, unterstrich Knecht.

Allerdings machte der dbb m-v auch darauf aufmerksam, dass diese Entscheidungen als der Anfang eines Prozesses gesehen werden müssen, denn unklar blieben die Dynamisierung, die Ruhegehaltsfähigkeit

und die Definition weiterer Erschwernisse.

Nach zähen Verhandlungen profitiert nun auch der Allgemeine Vollzugsdienst in den Justizvollzugsanstalten, dort werde in der Regel ebenfalls in Wechselschicht gearbeitet und die dort tätigen Kolleginnen und Kollegen seien für die Gewährleistung der Sicherheit elementar wichtig. Auch ihnen steht eine Erhöhung der Wechselschichtzulage zu. „Das gebietet schon der Gleichheitsgrundsatz nach Art. 3 unseres Grundgesetzes. Verhandlungsbereit zeigte sich der Minister bei der Honorierung von Erschwernissen bei den Feuerwehren und der Ein-

führung einer Notfallsanitäterzulage, wie zum Beispiel in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bereits geschehen.

„Wir freuen uns für alle, die ab dem 1. Januar 2019 von den Verbesserungen profitieren, sehen uns aber auch in der Pflicht, den Prozess weiterer Anreize bis hin zu einer möglichen Neuordnung aller Erschwernisse im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen weiterzugehen. Eine erste Möglichkeit gibt es bereits in Kürze, wenn es nach einer erfolgreichen Tarifrunde mit den Ländern 2019 um die anschließende Besoldungsübertragung geht“, so Knecht abschließend. ■

## Festakt des Deutschen Beamtenbundes

Vor 100 Jahren wurde der Deutsche Beamtenbund gegründet. Beim Festakt am 29. November 2018 mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Verteidigung der Demokratie aufgerufen.

„Die Legitimation unseres Rechtsstaates wird von unterschiedlichen Seiten infrage gestellt. Wir im öffentlichen Dienst dürfen nicht nur auf die Politik schauen und von dort allein die Bewahrung unseres Staates und unserer Gesellschaft erwarten. Wir alle sind gefordert und als Beschäftigte im öffentlichen Dienst sogar in besonderer Weise. Wir sind Recht und Gesetz verpflichtet. Wir dienen immer und zuerst der freiheitlich-demokratischen Grund- und Werteordnung, die das friedliche Zusammenleben unserer gesamten Gesellschaft ermöglicht“, sagte Silberbach. Angesichts der Rolle des Beamtenbundes während der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten nahm Silberbach auch den dbb als gewerk-

schaftlichen Dachverband in die Pflicht: „Geschichtsvergessenheit können und dürfen wir uns nicht leisten. Nicht in der Gesellschaft und im Land. Und auch nicht als Spitzenorganisation und Sozialpartner, der für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes spricht.“ Sowohl für den öffentlichen Dienst als auch für den dbb gelte deshalb: „Wer nicht mit beiden Beinen fest auf dem Boden unserer Verfassung steht, für den ist bei uns kein Platz.“

Mit Blick auf die aktuelle Situation sagte Silberbach: „Viele Bürgerinnen und Bürger haben in zentralen Bereichen ihres Alltags den Eindruck, dass nicht mehr in ausreichendem Maß für ihre Bedürfnisse gesorgt wird. Bildung, Arbeit, Gesundheit, Sicherheit, Infrastruktur – die Menschen haben begründete Zukunftsorgen und Fragen.“ Dadurch drohe das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie und des Staates verloren zu gehen. Schuld daran seien auch der Glaube an die Versprechungen der Privatisierung und des Wettbewerbs in



> Frank-Walter Steinmeier mit Landesbundchef Dietmar Knecht

den vergangenen Jahrzehnten. Der dbb habe sich dagegen immer gewehrt und für eine flächendeckende Sicherstellung staatlicher Dienstleistungen in bester Qualität geworben. „Wir wollen ein klares Bekenntnis: Gleich- und hochwertige Versorgung geht vor Wettbewerb. Jeder Mensch in Deutschland soll sich darauf verlassen können, dass der öffentliche Dienst überall im Land, egal wo, für ihn da ist. Es ist an der Zeit, dass der Staat wieder wahrhaftig und greifbar an der Seite seiner Bürger-

rinnen und Bürger steht“, stellte der dbb Chef klar.

Für diese Aufgabe werde auch in Zukunft das Berufsbeamtentum als „tragende Säule des öffentlichen Dienstes in Deutschland“ gebraucht. „Als dbb werden wir uns weiter für eine zeitgemäße Modernisierung des Berufsbeamtentums einsetzen, aber ohne dessen Prinzipien und dessen Identität infrage zu stellen“, so Silberbach. Bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben wie beispielsweise die Digitalisierung und der demografischer Wandel sei der Staat aber unabhängig von Statusfragen gefordert, mehr zu investieren. „Das ganze Paket muss stimmen, um den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren.“ Dazu gehöre auch, jungen Menschen die wichtigste Besonderheit der Arbeit für Staat und Gesellschaft zu vermitteln: „Sie ist sinnstiftend. Sie ist lebendige Demokratie, lebendiger Rechts- und Sozialstaat, sie ist wichtiger Teil eines Großen und Ganzen.“

Quelle: dbb bund

## DPoIG Sachsen begrüßt Beschluss des Sächsischen Landtages

### Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage wird wieder eingeführt

Die DPoIG Sachsen hat den heutigen Beschluss des sächsischen Landtages begrüßt, nach dem die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage wieder eingeführt wird. DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Damit wird endlich wieder ein Stück Gerechtigkeit hergestellt und unseren Kolleginnen und Kollegen in Sachsen wird wenigstens ansatzweise finanziell etwas

zurückgegeben, was ihnen seinerzeit durch das Versorgungsreformgesetz genommen wurde. Wir haben uns als DPoIG dafür in den letzten Jahren auch vehement eingesetzt und nicht lockergelassen.“ Mit der (Wieder-)Einführung Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage werden die besonderen körperlichen und psychischen Belastungen des Polizeivoll-

zugsdienstes, die bis in den Pensionszeitraum nachwirken, angemessen gewürdigt. Die DPoIG-Landesvorsitzende von Sachsen, Cathleen Martin, begrüßte überdies, dass im Landeshaushalt Sachsens vorgesehen sei, 1 000 neue Stellen bei der Polizei zu schaffen. „Nach einem jahrelangen Sparkurs ist dies endlich das richtige Zeichen. Es ist überfällig, im Be-

reich der inneren Sicherheit aufzustocken und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als Priorität wahrzunehmen. Dass dies einhergeht mit einer zusätzlichen Mittelbereitstellung von sechs Millionen Euro für die Sachausstattung der Polizei, ist deshalb auch nur folgerichtig.“ Das sollte auch ein Signal an die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern sein. ■



## Reviertour – die Zweite

Am 8. Januar 2019 waren wir erneut im Land unterwegs und haben uns weitere Reviere angeschaut. Wir haben wieder viele Gespräche mit den Kollegen führen können. Die geäußerten Meinungen und Anregungen bestärkten unsere Forderungen, die wir seit Jahren auf unserer Agenda haben.

So war beispielsweise die Einführung des Distanzelektroimpulsgerätes in der Landespolizei M-V ein gemeinsames Ziel. Doch leider mussten wir wieder feststellen, dass es allem voran noch viel größere Probleme gibt. So entstanden auf jedem Revier heiße Diskussionen

zur Rahmendienstvereinbarung (RDV): Einführung von BSM als einzige Alternative zu anstrengenden Schichttrymen? Viele Kollegen fühlen sich seit der Einführung der RDV so, „als würden sie nur noch auf Arbeit sein“. Dieses Thema wird auch uns in der DPoIG weiterhin beschäftigen!

Geprägt wurde unser Tag jedoch durch das Dienstgebäude der Kollegen des PR Sanitz. Seit 2001 verrichten die Kollegen dort „übergangsweise“ ihren Dienst in einem Container, der an ein sanierungsbedürftiges Haus angebaut wurde, in dem sich die Kriminalpolizei Außen-



Denise Preus, Oliver Nawotke und Benjamin Lübke auf Tour durch die Polizeidienststellen des Landes

stelle Sanitz, Kontaktbeamte und die Führung des Reviers befinden. Es existieren keine richtigen Gewahrsamszellen, der Aufbau ist unpraktisch und das Klima schrecklich, um nur einige Negativpunkte zu nennen. Ein Kollege berichtete uns, vor einer Nachtschicht im Sommer im Aufenthaltsraum 31,5 Grad gemessen zu haben.

„Die Zustände auf dem Polizeirevier Sanitz sind erschreckend. Nicht nur, dass die Arbeitsbedingungen für die Kollegen miserabel sind, mit Wertschätzung hat das hier in keinsten

Weise was zu tun“, so der Landesjugendleiter Oliver Nawotke. Hier sehen wir dringenden Gesprächsbedarf, der nicht lange auf sich warten lassen wird.

Trotz allem hat es uns wieder mal Spaß gemacht, zu euch zu kommen, euch ein paar Sachen mitzubringen und mit euch zu reden. Wir bedanken uns sehr dafür, dass wir auf jedem Revier so herzlich empfangen werden. Bis zum nächsten Mal!

*Oliver Nawotke,  
Landesjugendleiter DPoIG M-V*

### > Tauschgesuch von Berlin nach Mecklenburg-Vorpommern

Berliner POK, eingesetzt in Berlin im Funkwageneinsatzdienst (zurzeit in Tempelhof), sucht aus dringenden familiären Gründen einen Tauschpartner für einen Wechsel von Berlin nach Mecklenburg-Vorpommern. Vorzugsweise PP Neubrandenburg.

Unter anderem ausgebildet als Sprechfunker in Führungsstäben, Unterführerausbildung sowie D1-Führerschein zum Führen von Gruppenwagen. Vor Verwendung im Funkwageneinsatzdienst jahrelange Verwendung in einer Einsatzhundertschaft.

## Geburtstage in den Monaten Januar/Februar 2019

Da diese Ausgabe des POLIZEISPIEGELS eine Doppelausgabe ist, gratulieren wir zunächst den Geburtstagskindern, die bereits im Januar ihren Ehrentag feierten

### Ein Jubiläum begingen im Januar die Kollegen:

**Maria Wowarra**  
**Manfred Guleiof**  
**Mathias Horch**  
**Niklas Lang**  
**Stefan Sowa**

### Im Monat Februar feiern folgende Kollegen einen runden Geburtstag:

**Sandra Piepke**  
**Manuela Nowak**  
**Wilfried Bartel**  
**Tobias Tewes**

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich beste Gesundheit.

*Der Landesvorstand und die Kreisverbände*

## KV Rostock weist auf folgenden Termin hin

Am 15. März 2019 wird der Kreisverband Rostock in Kritzkow einen neuen Vorstand wählen und sich für die nächsten fünf Jahre neu aufstellen. Alle Funktionen und Ämter (Kreisverbandsvorsitzender, zweimal Stellvertreter, bis zu fünf Beisitzer und ein Kassenswart) stehen zur Disposition.

Wir laden jedes Mitglied des Kreisverbandes Rostock ein, sich durch die Teilnahme an dieser Wahl aktiv in der Gewerkschaftsarbeit der DPoIG M-V einzubringen. Wer also an dieser Sitzung teilnehmen möchte, kann sich gerne an den Vorstand wenden. Eine Mandatsbescheinigung wird dann zeitnah zugesandt.

Wer sich darüber hinaus vorstellen kann, in dem zu wäh-

lenden Kreisvorstand mitzuwirken, meldet sich bitte auch beim jetzigen Kreisverbandsvorsitzenden.

**Zeit:**  
Freitag, 15. März 2018  
von 10 bis 17 Uhr

**Örtlichkeit:**  
Bowlingbahn „Strike“ in  
18299 Laage, OT Kritzkow,  
Zehlendorfer Weg 25

*Mit freundlichen Grüßen  
Torsten Pehlgrimm,  
Vorsitzender  
Kreisverband Rostock*

*Erreichbarkeit  
Telefon dienstlich:  
038208/8885224-5225  
Handy: 0173/8383758  
E-Mail: torpelle@t-online.de*